

Hans-Werner Hahn
Reichskammergericht und Stadtentwicklung:
Wetzlar 1689 - 1806



Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichs-
kammergerichtsforschung · Heft 12

Schriftenreihe der
Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung
Heft 12

Vortrag gehalten am 18.4.1991 im Stadthaus
am Dom zu Weizlar

Weizlar, 1991

Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung
Eigendruck 1991
Auflage: 1000/10/1991

Zum Titelbild

Für einen Kupferstichverlag in Augsburg fertigte ein unbekannter Kupferstecher um die Mitte des 18. Jahrhunderts sechs Kostümdarstellungen.

Sie waren wahrscheinlich als Bildbeigaben für einen der damals beliebten Taschenkalender gedacht. Vier von ihnen stellten die Amtstrachten des Kammerrichters, der Präsidenten, der Assessoren und der Prokuratoren am Reichskammergericht dar, zwei zeigen bauerliche Kleidung aus der Umgebung Wetzlars. In der Gegenüberstellung von "hoch" und "niedrig" drückt sich wohl kaum ein Bewußtsein sozialer Spannungen aus als vielmehr ein später Nachklang barocken Polaritätsdenkens.

© Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung
Eigendruck 1991
Auflage: 1000/10/1991

Einleitung

Dr. phil. habil. Hans-Werner Hahn

Reichskammergericht und Stadtentwicklung:
Wetzlar 1689 - 1806

Vortrag gehalten am 18.4.1991 im Stadthaus
am Dom zu Wetzlar

1) Vorstellung des Stadt Wetzlar an Se. Majestät den Fürsten
Freiherrn, August 1807, in: Peter-Joachim Kühner (Hrsg.), Der
Rheinische Bund. Eine Zeitschrift historisch-politisch-
statistisch-geographischer Lehren, Bd. 5, Frankfurt a. M.,
1807, 417 f.

-F88 PF2-

Einleitung

Im August 1807, ein Jahr nach dem Ende des Alten Reiches, schrieb der Wetzlarer Stadtvorstand an seinen damaligen Landesherren Karl Theodor von Dalberg: "Kaum ist ein Jahr verflossen, seitdem die alte Verfassung des deutschen Vaterlandes dem Wechsel der Zeiten unterlag und die Reichsgerichte ihre Existenz verloren, und schon sind unsere Häuser und alles Grundeigenthum auf die Hälfte des Werthes gefallen." Grundbesitzer, Kapitalisten und Gewerbetreibende seien ärmer geworden. Nicht wenige Geschäftsleute seien aus Wetzlar abgezogen, und neue Hoffnung könne angesichts des zerstörten Wohlstandes kaum aufkommen. "Nur noch wenige Monate," so schrieb der Stadtvorstand weiter, "und die Zahl unserer leeren Wohnungen wird sich in allen Straßen mehren, und wir werden das Bild der Verödung unter uns umher-schleichen sehen."¹

Das Negativbild, das der Wetzlarer Stadtvorstand hier zeichnete, mochte etwas überzogen sein, aber zweifellos stürzte die Auflösung des Reichskammergerichts die Stadt Wetzlar in eine der schlimmsten Krisen ihrer jahrhundertealten Geschichte. Wenige Jahre zuvor hatten Angehörige des Reichskammergerichts in einem Bericht an den Wetzlarer Stadtrat die

1) Vorstellung der Stadt Wetzlar an Se. Hoheit den Fürsten Primas, August 1807, in: PETER ANTON WINKOPP (Hrsg.), Der Rheinische Bund. Eine Zeitschrift historisch-politisch-statistisch-geographischen Inhalts. Bd. 5, Frankfurt a. M. 1807, 417 f.

bezeichnende Frage aufgeworfen: "Was wäre denn die Stadt Wetzlar ohne das Reichskammergericht?"² Die große Bedeutung, die dem obersten Reichsgericht im wirtschaftlichen und kulturellen Leben dieser kleinen Stadt an der Lahn zukam, war schon für die Zeitgenossen unbestritten. Ziel der folgenden Ausführungen, die sich auf die Ergebnisse einer größeren Untersuchung zur Geschichte Wetzlars im 18. und 19. Jahrhunderts stützen³, ist es, die vielfältigen Auswirkungen des Reichskammergerichts auf die Wetzlarer Stadtentwicklung in ihren Grundzügen zu skizzieren und dabei auch einigen bislang noch wenig beachteten Aspekten Rechnung zu tragen. Zwei Leitfragen sollen dabei im Mittelpunkt stehen: Brachte die mehr als ein Jahrhundert dauernde Anwesenheit des Reichs-

2) Pro Memoria mehrerer Kameraler an den Rath der kaiserlichen freyen Reichs-Stadt Wetzlarer vom 24. 2. 1800. Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien. Reichshofrat Obere Registratur Kart. 1856/6.

3) HANS-WERNER HAHN, Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel. Wetzlar 1689-1870, München 1991. Zur Geschichte Wetzlars in der Zeit des Reichskammergerichts vgl. ferner AUGUST SCHOENWERK, Geschichte von Stadt und Kreis Wetzlar. 2. Überarb. und erw. Aufl. v. Herbert Flender. Wetzlar 1975; HEINRICH GLOEL, Goethes Wetzlarer Zeit. Bilder aus der Reichskammergerichts- und Wertherstadt. Berlin 1911; KARL WATZ, Die Reichsstadt Wetzlar vom Kommissionsvergleich zwischen Rat und Bürgerschaft bis zum Beginn des 7jährigen Krieges (1712-1756). Wetzlar 1929; VOLKER PRESS, Wetzlar. Reichsstadt und Reich im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 31, 1985, 57-101; FRIEDRICH WILHELM FRH. VON ULMENSTEIN, Geschichte und topographische Beschreibung der Kaiserlich freyen Reichsstadt (Stadt) Wetzlar. 1. Theil, welcher die älteste und mittlere Geschichte der Stadt begreift. Hadamar 1802; 2. Theil, welcher die neuere und die neueste Geschichte der Stadt begreift. Wetzlar 1806; 3. Theil, welcher die Topographie der Stadt enthält. Wetzlar 1810.

ammergericht nur einen vorübergehenden wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung für die Stadt Wetzlar, die nach der Auflösung des Reichsgerichtes 1806 in ein um so tieferes Elend zurückstürzte und in ihrer weiteren Entwicklung durch diesen Rückschlag sogar schwer behindert wurde; oder aber hat die Anwesenheit dieser Reichsinstitution den Charakter der Stadt Wetzlar nicht doch in einem viel umfassenderen Sinne verändert, so daß wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Impulse der Kammergerichtszeit noch weit über das Ende des Alten Reiches hinauswirkten und notwendige Neuorientierungen begünstigten. Diese Fragen sollen in drei Schritten verfolgt werden. Der erste Teil betrifft die wirtschaftlichen Auswirkungen des Reichskammergerichts. Im zweiten Teil geht es um die soziokulturellen Entwicklungen, die sich aus der Anwesenheit des Reichskammergerichts und aus der Konfrontation zweier höchst unterschiedlicher Lebenswelten - der des Kammergerichts und der des städtischen Bürgertums - ergaben. Und drittens soll schließlich danach gefragt werden, wie sich die Anwesenheit und die Rechtsprechung des Reichskammergerichts auf Stadtverfassung und langfristige politische Orientierungen des Wetzlarer Stadtbürgertums ausgewirkt haben.

1. Die wirtschaftliche Bedeutung des Reichskammergerichts

Als das Reichskammergericht nach der Zerstörung Speyers 1689 nach Wetzlar verlegt wurde, befand sich die kleine Reichsstadt an der Lahn in einem recht traurigen Zustand. Sie war von der Krise des späten Mittelalters schwer getroffen worden und hatte sich seitdem von diesem Rückschlag nicht mehr erholt. Handel und Gewerbe besaßen im Grunde nur noch regionale Bedeutung, und der Großteil der etwa 2500 Einwohner war zur Sicherung seines meist sehr dürftigen Lebensunterhaltes auf landwirtschaftlichen Nebenerwerb angewiesen. Aber auch dem waren schon durch den geringen Umfang des Stadtgebietes Grenzen gesetzt. Wetzlar drohte endgültig in den Status eines kleinen Ackerbürgerstädtchens zurückzufallen; und es wirkte auch vom Stadtbild wenig einladend. Die Angehörigen des Reichskammergerichts zeigten zunächst wenig Neigung, unter die Strohdächer und neben die "Bollwerke der Misthaufen" dieser, wie es hieß, "übelgebauten" Stadt zu ziehen. In einem Gutachten war zu lesen: "Obgleich Wetzlar die Würde einer Reichsstadt hat, so ist sie doch ein ohnhaltbarer, auch so kein achtbarer Ort, daß das Kämmergericht ohne Abbruch des Heyl. Römischen Reichs Hoheit und Reputation, auch merklichen Verkleinfügung sein des

Kamergerichts Respects selbstn allda stehen könnte."⁴

Die Stadt Wetzlar, die sich eifrig um die Aufnahme des Reichskammergerichts bemüht hatte, konnte somit in wirtschaftlicher Hinsicht von einem solchen Schritt nur profitieren. Mit der Verlegung des obersten Reichsgerichts erlebte die Stadt dann in der Tat einen beachtlichen Aufschwung, der sich auf vielen Gebieten ablesen läßt. Zunächst einmal verzeichnete Wetzlar seit 1689 einen deutlichen Anstieg seiner Bevölkerung, der bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts anhielt und die Zahl der Einwohner zeitweise auf geschätzte 6000 klettern ließ. Das Bevölkerungswachstum war vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen. An erster Stelle muß natürlich das zugezogene Gerichtspersonal mit all seinem Anhang genannt werden. Man hat geschätzt, daß etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung auf den mit Steuer- und Gerichtsprivilegien ausgestatten Personenkreis des Reichskammergerichts entfielen. Genaue Zahlen liegen leider erst für den Beginn des 19. Jahrhunderts vor. 1805, kurz vor dem Ende des Alten Reiches, zählte Wetzlar 5162 Einwohner, von denen 901 direkt zum Reichskammergericht gehörten. Zweitens verzeichnete Wetzlar seit 1689 höhere Geburtenüberschüsse. Sie waren auf die günstigere wirtschaftliche Gesamtsituation, die bessere Nahrungsmittelversorgung, aber

4) JORDAN, Zwei Kameralberichte über die Stadt Wetzlar aus den Jahren 1683 und 1689, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 2, 1908, 32.

auch auf die mit dem Einzug des Kammergerichts verbundenen Verbesserungen im Bereich von Stadthygiene und ärztlicher Versorgung zurückzuführen. Als dritter maßgeblicher Faktor der Bevölkerungszunahme ist die Zuwanderung von fremden Kaufleuten und Handwerkern zu nennen, die durch die wirtschaftlichen Chancen der Reichskammergerichtsstadt gelockt wurden.

Diese Zuwanderung spielte vor allem in den ersten drei Jahrzehnten seit Einzug des Reichskammergerichts eine wichtige Rolle. Die Kameralen hatten in ihren Gutachten von 1689 mehrfach beklagt, daß es in der Stadt Wetzlar sowohl an bestimmten Handwerkern als auch an hochspezialisierten Kaufleuten mangle. Wollte die Stadt Wetzlar das Gericht dauerhaft in ihren Mauern halten, so mußten die entsprechenden Kräfte in die Stadt gezogen werden. Stadtrat und Bürgerschaft waren daher nach 1689 auch bemüht, die Zuwanderung von Personen zu erleichtern, die spezifische Bedürfnisse der Kameralen abdecken konnten. Hierzu gehörten vor allem Buchbinder, Buchdrucker, Perückenmacher und Schneider, aber auch mehrere italienische Kaufleute. Zahlreiche dieser Zuwandererfamilien spielten in der städtischen Wirtschaft bald eine sehr wichtige Rolle. Verwiesen sei etwa auf die Buchdruckerfamilie Winckler, die im 18. Jahrhundert zu einer der führenden Wetzlarer Familien aufstieg, oder auf den aus Italien zugewanderten Kaufmann Spinola, dessen Sohn später als Prokurator am Reichskammer-

gericht wirkte. Im übrigen ließen sich auch einige Speyerer Bürger, die vielleicht der früheren Kundschaft folgten, nach 1689 am neuen Sitz des Kammergerichts nieder. Die neue, vom Kammergericht ausgehende Nachfrage gab aber auch vielen Bürgersöhnen aus alteingesessenen Wetzlarer Familien bessere Chancen, in der Heimatstadt eine auskömmliche bürgerliche Existenz zu begründen. Zu denjenigen Berufszweigen, die vom Kammergericht besonders profitierten, gehörte nicht zuletzt das Nahrungsgewerbe, das im Unterschied zu verschiedenen Luxusgewerben die Domäne der alteingesessenen Wetzlarer Bürgerfamilien blieb. Die führenden Bäcker- und Metzgerfamilien der Stadt waren zudem häufig auch im Gastgewerbe tätig, das seit dem Einzug des Reichskammergerichts eine ausgesprochene Wachstumsbranche darstellte.

Wichtige Impulse gab es darüber hinaus für die verschiedenen Bauhandwerker. Schon in den ersten Jahren nach 1689 begann man mit dem Neubau oder der Renovierung zahlreicher Häuser. Zunächst investierten Einheimische, die ihre Häuser und Wohnungen an Angehörige des Reichskammergerichts vermieteten. Je mehr sich dann abzeichnete, daß das Gericht länger in Wetzlar bleiben würde, desto stärker wuchs auch die vom Kammergericht ausgehende Bautätigkeit. Das zunächst im alten Rathaus am Fischmarkt und später in anderen angekauften Häusern tagende Reichskammergericht

brachte zwar bis zu seiner Auflösung außer einem unvollendeten Archivbau keinen eigenen Bau zustande, aber die umfangreiche private Bautätigkeit der Kameralen gab der städtischen Wirtschaft zweifellos wichtige Impulse. Hierbei engagierten sich Prokuratoren und Advokaten, die ja vielfach über mehrere Generationen hinweg am Reichskammergericht tätig waren, in der Regel weit stärker als die Assessoren, auf deren Konto allerdings einige der bemerkenswertesten Bauten dieser Zeit gehen. Erinnerung sei vor allem an das heutige Reichskammergerichtsmuseum und an das Palais Papius.

Gewiß klagten Besucher auch am Ende des 18. Jahrhunderts noch immer über den schlechten baulichen Zustand der Stadt. So faßte ein junger Hamburger 1778 seine Eindrücke in den Worten zusammen: "Guter Gott, was für ein Nest! Lauter Häuser mit Bleifenstern und Schieferdächern; Gassen, so eng, daß man des Tags Licht nicht darin sieht, und so krumm, daß man nicht herausfindet, und so bergig und so schlecht gepflastert, daß man sie nicht ersteigen kann."⁵ Trotz der Enttäuschung mancher Besucher, die sich die Stadt eines obersten Reichsgerichtes glanzvoller vorgestellt hatten, ist jedoch

5) So der spätere Hamburger Senator J. A. Günther. CARL SCHÜDDEKOPF, Briefe aus der Wertherstadt 1778-79, in: Goethe-Jahrbuch 18, 1897, 50. GOETHE selbst nannte Wetzlar eine "zwar wohl gelegene, aber kleine und übelgebaute Stadt" (Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit, 3. Teil, 12. Buch - Goethes Werke [Hamburger Ausgabe], Bd. 9. Hamburg 1951, 530). Vgl. ferner HANS SARKOWICZ, So sahen sie Hessen. Eine kulturgeschichtliche Reise in zeitgenössischen Berichten. Frankfurt a.M. 1988, 179 ff.

festzuhalten, daß die mit dem Reichskammergericht verbundene Bautätigkeit nicht nur wirtschaftliche Impulse gab, sondern daß sie, wie sich noch heute zeigt, zugleich auch dem gesamten Stadtbild sehr zugute kam.⁶

Der Wetzlarer Stadt hat die Bautätigkeit der Kameralen im übrigen auch durch steuerpolitische Maßnahmen zu fördern gesucht. Alle Kameralhäuser wurden bei der Schätzung um etwa ein Drittel geringer veranschlagt, als dies bei vergleichbaren Bürgerhäusern der Fall war. Die Stadt erhoffte sich von diesem Entgegenkommen nicht nur eine Steigerung der Baunachfrage. Zugleich sollte der Hausbesitz von Kameralen entscheidend dazu beitragen, das Reichskammergericht fester an die kleine Reichsstadt zu binden. Diese Hoffnung ging durchaus in Erfüllung. Im Jahre 1770 lehnten die evangelischen Prokuratoren und Advokaten eine Verlegung des Reichskammergerichtes schon deshalb entschieden ab, weil der Immobilienbesitz der Kameralen auf über 500 000 Gulden geschätzt wurde. 1796 schrieb der Stadtrat sogar, daß der kamerale Immobilienbesitz "den Werth einer Million Gulden weit übersteige, mithin mit denen der bürgerlichen Einwohner fast en Paralléle stehe".⁷

Insgesamt läßt sich also festhalten, daß das Reichskammergericht in den Jahrzehnten nach seiner

6) Vgl. W. HEINZ, Studien über die ehemalige freie Reichsstadt Wetzlar und ihre Bauten. Wetzlar 1907, 36 ff.

7) Reichs-Bote oder Wöchentliche Nachrichten von Reichstags- und Reichsgerichtlichen Vorfällen. Ein Anhang zur Wetzlarischen Zeitung. Nr. 69 vom 21. November 1796.

Verlegung sehr rasch zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor der Stadt wurde. Wetzlar lebte im 18. Jahrhundert wirtschaftlich im Grunde vom Kammergericht und war vom Stadttyp daher eher mit Universitäts- oder Residenzstädten zu vergleichen als mit den anderen kleinen Reichsstädten. Bezeichnenderweise stellten die Kaufleute und die Wirte, die von der Anwesenheit des Reichskammergerichts besonders begünstigt wurden, unter den 70 höchstbesteuerten Stadtbürgern des Jahres 1789 mit knapp zwei Dritteln das größte Kontingent. Der Rest dieser Höchstbesteuerten mit einem Vermögen von über 10 000 Gulden entfiel vor allem auf das ebenfalls vom Reichskammergericht begünstigte Nahrungsgewerbe sowie auf die Vertreter einiger Luxusgewerbe wie die Perücken-, Knopf- und Hutmacher. Neben dieser stadtbürgerlichen Ober-, beziehungsweise oberen Mittelschicht profitierten aber auch die zur breiten Mittelschicht zählenden Stadtbürger, die überwiegend in handwerklichen Berufen tätig waren, von der Nachfrage des Reichskammergerichts. Das oberste Reichsgericht bot darüber hinaus auch Teilen der armen stadtbürgerlichen Familien neue Erwerbsmöglichkeiten. Zahlreiche Wetzlarer verdienten sich ihren Lebensunterhalt als Kammergerichtsboten oder als Privatbedienstete von Kameralen.

Die mit dem Einzug des Reichskammergerichts gegebenen neuen Erwerbschancen der Stadt sorgten dafür, daß die Zahl der Stadtbürger, also jener Haus-

haltsvorstände, die das Stadtbürgerrecht mit all seinen Privilegien besaßen, zwischen 1689 und 1750 von 400 auf etwa 700 anstieg. Trotz solcher Zahlen muß jedoch davor gewarnt werden, den vom Kammergericht ausgehenden Wirtschaftsaufschwung zu überschätzen. Mit der Anwesenheit des obersten Reichsgerichts waren keineswegs auf Dauer alle wirtschaftlichen Probleme der Stadt gelöst. Schon um die Mitte des 18. Jahrhunderts zeigte sich nämlich auf vielen Gebieten sehr deutlich, daß die vom Kammergericht ausgegangenen Wachstumsimpulse weitgehend ausgereizt waren. Von nun an ging der Geburtenüberschuß wieder zurück, und auch die Einwohnerzahlen bewegten sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich wieder nach unten. Die Handwerker klagten zunehmend über eine Übersetzung ihrer Gewerbe und waren immer stärker darum bemüht, den Zugang fremder Meister durch eine Verschärfung der jeweiligen Zunftartikel abzublocken. 1755 erließ der Stadtrat auf Druck der Bürgerschaft eine neue Bürgerrechtsverordnung, die den Zuzug von Fremden und auch die Bürgeraufnahme von Kameralen drastisch erschwerten, um die alteingesessenen Bürgerfamilien nicht dem "Verderben und dem Ruin" anheimfallen zu lassen.⁸

8) J. J. SCOTTI (Hrsg.), Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in den vormaligen... Wetzlar'schen (resp. fürstl. Primatischen, großherzogl. Frankfurt'schen) nunmehr königlich preußischen Landes-Gebieten, über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind vom Eintrittszeitpunkt ihre Wirkungskraft bis zu jenem der königl. preußischen

Während die Zahl der Wetzlarer Vollbürger vom Einzug des Reichskammergerichts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von 400 auf 700 gestiegen war, kletterte sie danach bis 1800 infolge der wieder wachsenden wirtschaftlichen Probleme und der restriktiven Aufnahmepolitik der Stadt nur noch auf 750. Die Stagnationstendenzen der zweiten Jahrhunderthälfte traten bezeichnenderweise nur in jenem Jahrzehnt zwischen 1767 und 1776 zurück, als die von Joseph II. angeordnete große Reichskammergerichtsvisitation vorübergehend die Zahl der Einwohner um etwa 300 vergrößerte und einige Jahre für zusätzliche Nachfrage sorgte. Obwohl die allgemeine Wirtschaftslage um 1770 sehr krisenhaft war, erlebte Wetzlar ganz im Unterschied zu benachbarten Städten dank der zahlungskräftigen Visitationskommission eine neue kurze Blüte. Nach dem Abzug der Visitationskommission wirkten sich jedoch die Stagnationserscheinungen um so deutlicher aus, zumal seit den achtziger Jahren auch die Prozeßfrequenz am Reichskammergericht, damit die Einnahmen vieler Kameralpersonen und mit ihnen auch die lokale Nachfrage spürbar zurückgingen.

Am Ende des 18. Jahrhunderts, als die beginnenden Revolutionskriege für zusätzliche Belastungen sorgten, zeigte sich immer mehr, daß die Einwohnerschaft der kleinen Reichsstadt vom Reichskammergericht allein nicht mehr leben konnte.

Gesetzgebung in den Jahren 1815 und 1816. 5. Theil, enthält die Abtheilung für die Reichsstadt, resp. Grafschaft Wetzlar. Düsseldorf 1836, 2069.

Alternative Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten standen aber zu diesem Zeitpunkt kaum zur Verfügung. Wetzlarer Kaufleute hatten zwar inzwischen mit dem Aufbau erster Manufakturen begonnen, aber diese neue groß-gewerbliche Produktion war über bescheidene Anfänge noch nicht hinausgekommen. Das städtische Gewerbe wurde noch immer vom zünftischen Handwerk bestimmt. Dessen Lage war um 1800 wegen der Übersetzung vieler Handwerkszweige aber bereits recht schlecht. Als Folge der schlechten Wirtschaftslage und der zusätzlichen Belastungen durch die Revolutionskriege nahm die Not breiter Schichten schon vor 1806 immer schlimmere Formen an. Dies schlug sich nicht zuletzt in einer Zunahme von Bettlei und Kriminalität nieder, die von den Angehörigen des Reichskammergerichts gerade um 1800 heftig beklagt wurde.

Angesichts dieser wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme mußte sich die 1806 mit dem Ende des Alten Reiches einhergehende Auflösung des Reichskammergerichts auf die städtische Entwicklung verhängnisvoll auswirken. Wetzlar hatte sich wirtschaftlich mehr als ein Jahrhundert ganz auf das Reichskammergericht orientiert und war für die neue Situation denkbar schlecht gerüstet. Die Stadt verlor in den Jahren von 1806 und 1815 etwa ein Fünftel ihrer Einwohnerschaft. Die meisten der zum aufgelösten Reichskammergericht gehörenden Familien, deren Nachfrage für die städtische Wirtschaft so wichtig



gewesen war, zogen innerhalb weniger Jahre aus Wetzlar ab. Zwei Jahre nach der Auflösung des Reichskammergerichts schrieb der von Dalberg eingesetzte oberste Verwaltungsbeamte Mulzer, daß "die arme Stadt täglich menschenleerer und nahrungsloser" werde.⁹ Wetzlar stürzte in eine der schwersten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte. Viele Kaufleute und Handwerker konnten sich von ihren bisherigen Erwerbszweigen nicht mehr ausreichend ernähren, die Armut nahm in vielen städtischen Familien schlimmste Ausmaße an. Der neue Landesherr, Karl Theodor von Dalberg, dem die 1803 mediatisierte Reichsstadt zugefallen war, versuchte zwar, das Los der Stadt durch verschiedene Fördermaßnahmen zu lindern. Hierzu zählte auch die Gründung einer Rechtsschule, mit der der Landesherr 1808 an die juristische Tradition der Stadt anknüpfen wollte und an der auch ehemalige Kammergerichtsangehörige beschäftigt waren. Die nur schwach besuchte Rechtsschule, die sich vor allem der Verbreitung des neuen französischen Rechts (Code Napoléon) widmen sollte, brachte der Stadt freilich ebensowenig Entlastung wie die verschiedenen anderen landesherrlichen Fördermaßnahmen. Wetzlar mußte infolge der napoleonischen Kriege vor allem seit 1811 sogar zusätzliche Belastungen in Kauf nehmen.

Wie trostlos die Situation der Stadt am Ende der napoleonischen Herrschaft war, geht aus einer Petition

9) Bericht Mulzers vom 30. April 1808. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 372 Nr. 154.

hervor, die der Wetzlarer Stadtrat 1815 an den Wiener Kongreß schickte. Hierin hieß es unter anderem: "Die früheren Verhältnisse sind aufgehoben, alle anderen möglichen Nahrungszweige vernichtet, gleichwohl die bürgerlichen Gewerbe nach den Bedürfnissen des zahlreichen Collegiums (Reichskammergericht) ausgebreitet und vervielfältiget. Der größere Theil des bürgerlichen Vermögens ist in gegenwärtig unbenutzbare Gebäude verwendet. Ein schrecklicher Kriegsdruck hat in diesem nahrungslosen Zustande verderbliches Unheil gestiftet. So kann nur die Hoffnung auf die Rückkehr eines höchsten deutschen Gerichtes die bekümmerten Herzen der unglücklichen Bewohner erheitern."¹⁰ Der in Wien ins Leben gerufene Deutsche Bund knüpfte freilich nicht an die Tradition der alten Reichsgerichtsbarkeit an. Die Stadt Wetzlar mußte daher den wirtschaftlichen Neuaufbau ohne die erhoffte Unterstützung bewältigen. Es sollte ein langwieriger und schwieriger Aufbauprozess werden, der im Grunde erst mit dem Beginn des Eisenbahnbaus um 1860 zu nachhaltigen Entlastungen führte. Wetzlar litt nach 1806 nicht nur unter dem Verlust von Nachfrage, sondern mehrere Jahrzehnte auch unter recht schwierigen verkehrs- und zollpolitischen Verhältnissen. Der notwendige Umbau der städtischen Wirtschaft wurde zudem dadurch erschwert, daß mit den meisten Kameralen auch ein wichtiger, wirtschaftlich beson-

10) Bittschrift des Munizipalrates der Stadt Wetzlar vom 14. Januar 1815, in: JOHANN LUDWIG KLÜBER (Hrsg.), Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815. Bd. 1. Erlangen 1815, Neudruck Osnabrück 1966, 75.

ders aktiver Teil des städtischen Bürgertums seit 1806 die Stadt verlassen hatte.

Es wäre allerdings falsch, aus alldem zu schließen, daß das Reichskammergericht seit seiner Auflösung nur noch als Negativposten der städtischen Wirtschaft gewirkt hätte. Gewiß wurde die notwendige Umorientierung der städtischen Wirtschaft auch dadurch belastet, daß sich die gesamte städtische Wirtschaft mehr als ein Jahrhundert lang auf die spezifischen Bedürfnisse des Reichsgerichts eingestellt hatte und damit lange ganz gut gefahren war. Viele wohlhabende Stadtbürgerfamilien setzten daher einige Zeit noch immer lieber auf die Rückkehr eines obersten deutschen Gerichtes als auf neue, zunächst noch sehr risikoreiche gewerbliche Investitionen. Andererseits aber schlugen sich Einflüsse des Reichskammergerichts auch nach 1806 noch positiv auf das Wetzlarer Wirtschaftsleben nieder. Immerhin blieb ein kleiner Teil der Kameralen in Wetzlar, um in den hier gebauten Häusern die teilweise unter großen Mühen erstrittenen Pensionen zu verzehren. Ferner war Wetzlar durch das Reichskammergericht eine bekannte Stadt geworden, die aufgrund preisgünstiger Immobilien schließlich auch andere Pensionäre, vor allem ehemalige preußische Offiziere und Beamte, anlockte.

Vor allem aber hatte das Reichskammergericht doch erheblich dazu beigetragen, daß stadtbürgerliche Familien ein teilweise ansehnliches Kapital zusammentragen konnten, das nach 1815 allmählich

auch für den Aufbau neuer Wirtschaftszweige eingesetzt wurde. Eine der ersten gewerblichen Großbetriebe des 19. Jahrhunderts, eine Haarlockenfabrik, wurde von einer Perückenmacherfamilie gegründet, die durch das oberste Reichsgericht zu Wohlstand gelangt war. Bei den Anfängen des Wetzlarer Eisenerzbergbaus, der im 18. Jahrhundert entgegen einer in letzter Zeit verbreiteten Legende im 18. Jahrhundert für die Stadt noch keinerlei wirtschaftliche Bedeutung besessen hatte, spielte mit dem Kaufmann Raab ein Mann eine Rolle, der der Sohn eines Reichskammergerichtsboten war. Schließlich muß in diesem Zusammenhang auch noch Johann David Waldschmidt genannt werden, der als Kaufmann, Stadtrat und Bürgermeister zwischen 1830 und 1870 wichtige Grundlagen für die spätere Industriestadt Wetzlar legte. Waldschmidt stammte väterlicherseits aus einer der angesehensten Wetzlarer Bürgerfamilien, deren Glieder als Metzger, Brauer, Wirte und Kaufleute gerade durch das Reichskammergericht zu beachtlichem Wohlstand gelangt waren, während die Mutter, die Prokuratorentochter Johanna Fürstenau, aus den Juristensippen des Reichskammergerichts kam.

Wenn sich die zeitweilige Anwesenheit des obersten Reichsgerichts somit auch nach 1806 noch positiv auf die Stadtentwicklung auswirkte, so war dies nicht zuletzt die Folge von soziokulturellen Veränderungen innerhalb des alteingesessenen

Wetzlarer Stadtbürgertums, die durch die Anwesenheit des Reichsgerichtes erheblich gefördert wurden und denen nun nachgegangen werden soll.

2. Das Reichskammergericht und die soziokulturelle Entwicklung des Wetzlarer Bürgertums

In der Literatur ist immer wieder zu Recht auf die tiefgreifenden Gegensätze und Konflikte verwiesen worden, die sich in Wetzlar seit 1689 aus dem Nebeneinander von zwei ganz unterschiedlichen Lebenswelten - der althergebrachten städtischen Welt und der neu in die Stadt gekommenen Welt des Reichskammergerichtes - ergaben. Wo lagen die Ursachen dieser in den ersten Jahrzehnten so stark hervortretenden Spannungen ? Die Verlegung des obersten Reichsgerichtes entsprach schließlich dem Wunsch der Wetzlarer Bürgerschaft. Sie brachte zudem zahlreiche Vorteile, zu denen nicht nur die erwähnten materiellen Vorteile zählten, sondern etwa auch der politische Schutz, den das Reichskammergericht gegenüber dem benachbarten hessen-darmstädtischen Landgrafen gewährte, der aufgrund alter Rechte immer wieder in die inneren Angelegenheiten der Reichsstadt Wetzlar einzugreifen versuchte. Neben diesen positiven Folgen spürten viele alteingesessene Wetzlarer allerdings bald nach dem Einzug des Gerichtes auch vermeintlich negative Folgen der

neuen Situation, Auswirkungen, die andere Reichsstädte 1689 veranlaßt hatten, von vorneherein auf eine Aufnahme des obersten Reichsgerichtes zu verzichten.

Viele Stadtbürger fühlten sich durch die mächtige Reichsinstitution innerhalb ihrer eigenen Stadt sozial zunehmend ins zweite Glied gedrängt. Vom bunten Leben der höheren Kameralen, von den Festen, Bällen, Konzerten und Theatervorstellungen war das stadtbürgerliche Publikum ausgeschlossen. Man beklagte zudem den Hochmut der Kameralgesellschaft, die schon untereinander schroffe Standesunterschiede aufwies und um so mehr den sozialen Abstand zur alteingesessenen Stadtbevölkerung betonte. Diese Abschottung gegenüber dem Wetzlarer Stadtbürgertum betraf nicht nur den am Reichskammergericht tätigen Adel. Auch das Bildungsbürgertum, das ja den Großteil des Gerichtspersonals stellte, betonte die soziale Distanz zur Masse der städtischen Bevölkerung. Da war etwa vom Wetzlarer Pöbel die Rede, mit dem keineswegs nur die städtische Unterschicht, sondern durchaus auch der Großteil der Bürgerschaft gemeint war, die nach Ansicht des Kanzleiverwalters Rüding "fast ganz aus gemeinen und gar vielen ruchlosen", aus "grobe[n] und ungeschlachten Menschen als Bäcker, Metzger oder Rothgerber und dergleichen gemeinen Handwerks-

personen" bestand.¹¹ Diese soziale Geringschätzung rief bei den Bürgern der kleinen Reichsstadt ebenso Unmut hervor wie eine Fülle von Privilegien, die den Kameralen in bezug auf Gerichtsstand, Warenbeschaffung und Abgaben von der Stadt zugestanden werden mußten und die von diesen dann häufig genug auch noch zu Lasten der Stadtbürger mißbraucht wurden. Schließlich mußte sich das mehrheitlich lutherische Wetzlarer Stadtbürgertum auch noch damit abfinden, daß mit dem Einzug des Reichskammergerichts die Position der katholischen Religion deutlich ausgebaut wurde.

Je mehr sich die Stadtbürger aber durch all diese Veränderungen in ihrer eigenen Identität bedroht sahen, desto stärker waren sie bestrebt, das eigene Selbstwertgefühl gerade gegenüber den Kameralen oder, wie es dann boshaft hieß, gegenüber "dem Reichskammergerichtsgeschmeiß" unmißverständlich herauszustreichen. Dies zeigte sich etwa in den Konflikten um die katholischen Prozessionen, die nach Meinung der lutherischen Stadtbürger nur auf den unmittelbaren Umkreis der Stiftskirche beschränkt werden sollten und die dann nach Aussagen katholischer Kameraler lange Zeit nicht ohne "schändliche Indolentien" und nur unter der Gefahr "von Leib und Leben" durchgeführt werden konnten.¹² Der Unmut über die Kameralen zeigte sich aber auch etwa darin,

11) Bericht des Kanzleiverwalters Rüding an den Kaiser vom 7. Mai 1770. Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt am Main AR 1 Misc. 41.

12) Ebenda.

daß, wie Kameralen 1728 beklagten, viele Stadtbürger zwar vor ihren eigenen Ratsherren den Hut ziehen, die gleiche Respektsbezeugung höchsten Kameralen aber verweigern würden. Wie empfindlich die Stadtbürger auf vermeintliche Statureinbußen reagierten, wurde ferner im Streit um den neuen Friedhof vor dem Wöllbacher Tor deutlich, den die Wetzlarer Bürger solange nicht benutzen wollten, wie es hohen Kameralpersonen gestattet blieb, ihre Angehörigen in der Stiftskirche beizusetzen.

Ein besonderes Ärgernis bildeten schließlich die sogenannten Kameralhandwerker oder -kaufleute. Sie durften aufgrund der Kameralprivilegien ohne Wetzlarer Bürger- und Zunftrechte für Angehörige des Reichskammergerichts arbeiten und wurden von den Stadtbürgern immer wieder beschuldigt, auch in die geschützten Bereiche der Wetzlarer Zünfte einzugreifen.¹³ Mehrfach schritten die Zünfte daher zur Selbsthilfe und plünderten Warenlager oder Handwerkszeug dieser ungeliebten Konkurrenten. Gerade die Zünfte erwiesen sich in vielen Auseinandersetzungen mit dem Reichskammergericht immer wieder als die entschiedensten Bewahrer des reichsstädtischen Herkommens. Dabei ging es keineswegs nur um ihre wirtschaftlichen Privilegien. Das Zunftbrauchtum wurde, wie ein Streit um einen von den Kameralen kritisierten Fastnachtsumzug zeigte, ebenso

13) Zu den Kameralprivilegien und ihren Folgen jetzt ausführlich JOST HAUSMANN, Die Kameralfreiheiten des Reichskammergerichtspersonals. Ein Beitrag zur Gesetzgebung und Rechtspraxis im Alten Reich, Köln und Wien 1989.

entschlossen verteidigt wie die eigenen Vorstellungen von Sitte und Moral. Hier galt es sich von einer Kameralgesellschaft abzugrenzen, der viele Besucher große Spielleidenschaft und lockere Moralvorstellungen nachsagten. Der als Legationssekretär der großen Reichskammergerichtsvisitation (1767-1776) nach Wetzlar gekommene Schriftsteller und Freimaurer August Siegfried von Goué schrieb hierzu: "Allein die Lebensart ist hier freier und angenehmer als im übrigen Deutschland, das ich kenne. Alles athmet Liebe. Du kannst Weiber und Mädchen sehen, ohne daß sich die Männer oder Eltern darum kümmern... Die ewigen Lustbarkeiten, in denen ich umhertaumelte, überraschten zuletzt meine Sinnlichkeit. Ich hörte nur von Liebe reden, die ohne Rücksicht auf die Zukunft getrieben werden könnte und keiner anderen Liebe nachtheilig wäre, hörte reden, daß die Ehe nur ein Resultat menschlicher Einrichtung sei, gegen welches noch verschiedenes eingewandt werden könne, daß man ohne Gefühl für die sich darbietenden Gelegenheiten in der Gesellschaft ein unausstehlicher Mensch sei."¹⁴ Und in einem bei einem Wetzlarer Buchdrucker im Jahre 1773 gedruckten Neujahrspruch hieß es: "Das Corpus iuris lieb ich nicht, noch weniger die Bibel, ein Arzt, der mir von Liebe spricht,

14) AUGUST SIEGFRIED VON GOUE, Ueber das Ganze der Maurerey. Aus den Briefen der Herren von Fürstenstein und Stralenberg, die die auf ihren Reisen durch Deutschland, eines Theils Frankreichs, der Schweiz und Hungarns gewechselt, gezogen. Leipzig 1782, Brief 26.

der heilt mein ganzes Übel."¹⁵ All dies veranlaßte die meist noch von tiefer traditioneller Religiosität geprägten Zunfthürger, noch strenger auf die Einhaltung der eigenen Moralgrundsätze und die Bewahrung der alten Ehrvorstellungen zu achten.

Schließlich wehrten sich viele Stadtbürger aber auch energisch gegen alle Versuche der Kameralen, direkt in die innere Ordnung der Stadt eingreifen und eine Art obrigkeitliche Stellung einzunehmen. Die gemeinsamen Polizeikommissionen, die auf Drängen des Reichskammergerichts zeitweise fungierten und paritätisch aus Stadträten und Kameralen zusammengesetzt waren, hatten in der Bürgerschaft keinen leichten Stand. Die Kameralen klagten jedenfalls sehr lange und heftig über mangelnde Marktaufsicht, schmutzige Straßen, hohe Misthaufen und vor allem auch - verständlicherweise - über den schlechten feuerpolizeilichen Zustand der Stadt.

Auch wenn das Stadtbürgertum bestrebt war, die Eingriffe des Reichskammergerichts gering zu halten, so verblieben letzterem doch eine Fülle von Eingriffsmöglichkeiten. Zum einen war die Stadt ja aus wirtschaftlichen Gründen an einem Verbleib des Reichskammergerichts interessiert und mußte folglich Rücksichten auf die Forderungen der Kameralen nehmen. Dies galt besonders für den von reichen Kaufleuten und Wirten, also den Hauptnutznießern des Kammergerichts, dominierten Stadtrat. Zum anderen

15) GLOEL, Goethes Wetzlarer Zeit, 100.

aber besaß das Reichskammergericht schon deshalb beachtliche Einwirkungsmöglichkeiten, weil es im Verlaufe des 18. Jahrhunderts in wachsendem Maße über Wetzlarer Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden hatte. Blickt man in die Repertorien der Wetzlar betreffenden Prozeßakten, so wird sehr schnell deutlich, welche wichtige Rolle das Reichskammergericht in dieser Hinsicht für die Stadt spielte.¹⁶ Es waren zudem nicht nur Angehörige des Kammergerichts, Besucher, die jüdische Minderheit, das Marienstift oder die Jesuiten, die gegen Stadt und Bürgerschaft klagten. Auch die Stadtbürger selbst brachten eine Fülle von internen Streitfragen vor das Reichskammergericht, darunter so wichtige Angelegenheiten wie Zunftkonflikte, Ratswahlen, bürger-schaftliche Kontrollrechte und die Vergabe des Bürgerrechts.

Es fällt nicht leicht, die zahlreichen Wetzlar betreffenden Entscheidungen des Reichskammergerichts auf einen kurzen Nenner zu bringen. Zwei Dinge fallen aber besonders auf. Zum einen erwies sich das Reichsgericht für Außenseiter der Stadtgesellschaft, denen die Zunft das Meisterrecht verweigerte oder die unter einer Willkürentscheidung des Rates zu leiden hatten, als eine wichtige Schutzinstanz. Zum anderen trugen zahlreiche Entscheidungen, die das Reichsgericht in Wetzlarer Angelegenheiten fällte, vor allem in der

16) JOST HAUSMANN (Bearb.), Prozeßakten des preußischen Kreises und der Stadt Wetzlar. Repertorien des hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden, Abt. 1: Reichskammergericht, Teil 3. 3. Bde., Wiesbaden 1984-86.

zweiten Jahrhunderthälfte durchaus bereits moderne Züge. Dies zeigte sich etwa im Falle der Juden, denen das Reichskammergericht nicht nur zu einer neuen Synagoge verhalf, sondern die 1791 auch in ihrer Handelstätigkeit vom Gericht gegen Stadtrat und Bürgerschaft geschützt wurden.¹⁷ Die modernen Züge wurden ferner in Entscheidungen deutlich, die das Wetzlarer Bürgerrecht betrafen. Die Stadt hatte auf Druck der Bürgerschaft 1755 eine außerordentlich restriktive Bürgerrechtsordnung erlassen, die sowohl den Fremden als auch den Kindern des Kammergerichtspersonals den Erwerb des Wetzlarer Stadtbürgerrechts erheblich erschwerte. Für Assessoren, Prokuratoren und höhere Kanzleibeamte war dies im Grunde unerheblich, weil weder sie noch ihre Kinder Interesse daran hatten, als Kaufmann oder Handwerker in Wetzlar zu arbeiten und zu diesem Zweck das Wetzlarer Stadtbürgerrecht zu erwerben. Im Falle des unteren Gerichtspersonals sah dies jedoch ganz anders aus. Vielfach versuchten Kinder dieses Personenkreises, sich als Handwerker oder Kaufleute in Wetzlar dauerhaft niederzulassen. Da Stadtrat und Bürgerschaft dies aber teils wegen der Übersetzung vieler Gewerbe, oft aber auch wegen der katholischen Konfession der Bürgerrechtsanwärter zu verhindern suchten, mußten sich Kinder dieser unteren Kameralen ihr Bürgerrecht mehrfach mit Hilfe eines

17) Hierzu ausführlich KARL WATZ, Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wetzlar von ihren Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (1200-1850), Wetzlar 1966.

Kammergerichtsmandats sichern. Großen Teilen des Stadtbürgertums gingen solche Entscheidungen des Reichsgerichts entschieden zu weit. Teils wurde sogar versucht, sie in der Praxis wieder zu unterlaufen. Teils wurde dem Gericht auch unterstellt, mit seinen Entscheidungen nur die Eigeninteressen der Kameralen zu verfolgen und jahrhundertealtes Recht der Stadt zu verletzen. Dies war besonders bei den die Juden betreffenden Prozeßentscheidungen der Fall.

Die Rechtsprechung des Kammergerichts konnte zwar in den innerstädtischen Auseinandersetzungen vielfach konfliktregulierend wirken, teilweise trug sie aber auch dazu bei, gegenseitige Animositäten zwischen der Welt des Reichskammergerichts und derjenigen der Stadtbürger zu verschärfen. Dabei ließ die Konfrontation zwischen Reichskammergericht und stadtbürgerlicher Welt besonders in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die beharrenden Züge des reichsstädtischen Bürgertums vielfach nur allzu deutlich hervortreten. Gerade dem Bürgertum der kleinen Reichsstädte ist sowohl von den Vertretern der Aufklärung als auch später von vielen Historikern immer wieder attestiert worden, in dumpfer Bequemlichkeit und spießbürgerlicher Erstarrung an den tradierten Normen und Verhaltensweisen festgehalten zu haben und so zu einem Hindernis notwendiger wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung geworden zu sein. Auch in Wetzlar scheint auf den ersten Blick vieles für diese Einschätzung zu sprechen. Dies geht

nicht zuletzt aus zahlreichen Klagen von Kameralen hervor. Schaut man freilich einmal genauer hin, so entdeckt man innerhalb des alteingesessenen Stadtbürgertums im Laufe des 18. Jahrhunderts aber auch neue soziale und kulturelle Entwicklungen, die auf Öffnungs- und Modernisierungstendenzen hindeuten und die von der Anwesenheit des Reichskammergerichts nicht unwesentlich gefördert wurden.

Getragen wurden diese soziokulturellen Prozesse vorwiegend von der stadtbürgerlichen Oberschicht und damit von Familien, die in der Regel von der Verlegung des Reichskammergerichts wirtschaftlich besonders profitiert hatten. In beruflicher Hinsicht setzten sich diese führenden Familien bezeichnenderweise vorwiegend aus Kaufleuten, Wirten und Nahrungshandwerkern zusammen. Teilweise handelte es sich bei ihnen um besonders dynamische Zuwandererfamilien wie die bereits erwähnte Buchdruckerfamilie Winckler. Den Großteil dieser Oberschicht stellten aber alteingesessene Wetzlarer Familien, die wie die Metzger- und Wirtefamilie Waldschmidt oder die Bäcker- und Kaufmannsfamilie Hinckel die mit dem Kammergericht gegebenen Chancen zielstrebig zu wirtschaftlichem und sozialem Aufstieg zu nutzen verstanden.

Gewiß schotteten sich diese führenden Familien nicht völlig von den anderen Teilen des Stadtbürgertums ab. Dies war in einer kleinen Stadt wie Wetzlar mit lediglich 750 Bürgerfamilien schon wegen der

verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Verflechtungen kaum möglich. Im Unterschied zu den meist im Handwerk tätigen stadtbürgerlichen Mittelschichten öffnete sich aber die Oberschicht viel früher und intensiver den neu in die Stadt gekommenen Entwicklungen. Sie nutzte beispielsweise nicht nur die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus dem Kammergericht ergaben, zielstrebig aus. Sie ließ sich vom Kammergericht und ihren Kontakten mit den gebildeten Juristen offenbar auch in ihrem Bildungsstreben inspirieren. Man findet zwar auch vor 1689 zahlreiche Wetzlarer Bürgersöhne in den Matrikeln der verschiedenen deutschen Universitäten. Im 18. Jahrhundert nahm diese Zahl aber weiter zu. Mit der Verlegung des Reichskammergerichts gewann gerade das Jurastudium für viele Wetzlarer Bürgersöhne zusätzliche Attraktivität.¹⁸ Bis 1689 konnte ein juristisch gebildeter Bürgersohn in seiner Heimatstadt im Grunde nur eine der beiden Ratskonsulentenstellen anstreben. Mit dem Einzug des Reichskammergerichts aber gab es in der eigenen Stadt ganz andere Karrieremöglichkeiten, die von manchen auch recht erfolgreich genutzt wurden.

In den Kreis der Reichskammergerichtsassessoren stieg zwar keiner dieser Wetzlarer Bürgersöhne auf. Unter den Prokuratoren und Advokaten waren die Nachkommen stadtbürgerlicher Honoratioren da-

18) Vgl. hierzu SIGRID JAHNS, Die Universität Gießen und das Reichskammergericht, in: Peter Moraw u. Volker Press (Hrsg.), *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte*. Marburg 1982, 189-219.

gegen in beachtlicher Zahl vertreten, und teilweise gehörten sie, wie etwa das Beispiel von Johann Gotthard Hert zeigte, auch zu den angesehensten Gliedern dieses Standes. Mit dem beruflichen Aufstieg fanden diese Wetzlarer Bürgersöhne in vielen Fällen dann auch Zugang zu den lange Zeit recht eng geschlossenen Heiratskreisen der Prokuratorenfamilien. Als Beispiel sei etwa Heinrich Jakob Gombel genannt, der seit 1783 als Advokat und seit 1791 als Prokurator am Reichskammergericht wirkte. Gombels Vater, ein Bauernsohn aus dem benachbarten Werdorf, betrieb mit dem "Kronprinzen" einen der vornehmsten Gasthöfe der Reichskammergerichtsstadt und gehörte als wohlhabender Bürger zum Kreis der Wetzlarer Honoratioren. Seinem Sohn gelang nicht nur der Aufstieg zum Prokurator, er fand durch seine Heirat mit der Prokuratorentochter Johannette Lange zugleich Zugang in eine der großen Juristensippen des Reichskammergerichts. Im übrigen beschränkten sich solche konnubialen Verflechtungen zwischen stadtbürgerlicher Oberschicht und den Prokuratorenfamilien des Reichskammergerichts nicht allein auf die Einheirat der ins Bildungsbürgertum aufrückenden Stadtbürgersöhne. Seit 1760 nahm auch die Zahl derjenigen Kameralen zu, die Töchter Wetzlarer Bürgerfamilien heirateten. Schließlich gab es auch einige Eheverbindungen zwischen Prokuratorentöchtern und Wetzlarer Kaufleuten.

Trotzdem darf man die Heiratsverflechtungen zwischen Reichskammergerichtspersonal und Wetzlarer Bürgerfamilien insgesamt nicht überschätzen. Lange Zeit wirkten sich hier vor allem die soziale Distanz, teilweise aber auch das Konfessionsproblem hemmend aus. Letzteres erschwerte im übrigen auch die Heiratsverbindungen zwischen dem meist katholischen unteren Personal der Kammergerichtskanzlei und Wetzlarer Bürgerfamilien. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren die Heiratsverbindungen zwischen den Familien der Prokuratoren und denen der stadtbürgerlichen Oberschicht aber zweifellos ein wichtiger Vorgang, der auf eine beachtliche Intensivierung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen dem am Kammergericht tätigen Bildungsbürgertum und den stadtbürgerlichen Honoratioren hindeutete. Diese sozialen Prozesse, die sich auch auf anderen Feldern niederschlugen, wurden durch mehrere Faktoren begünstigt. Zunächst einmal förderten schon die geschäftlichen Kontakte, die zwischen Kaufleuten, Wirten, Apothekern oder Buchdruckern einerseits und dem Kameralpublikum andererseits bestanden, die gegenseitigen Beziehungen. Hinzu kam die Wohnsituation in Wetzlar. Es gab zwar im 18. Jahrhundert kein eindeutig von den Kameralen beherrschtes Stadtviertel. An bestimmten Plätzen und Straßenzügen waren jedoch die Kameralen überproportional vertreten. Hierzu gehörten der Kornmarkt, der Buttermarkt und über-

haupt die in der Nähe des Doms gelegenen Straßenzüge. All dies waren aber zugleich auch die bevorzugtesten Wohnorte der stadtbürgerlichen Oberschicht.

Die wachsende gegenseitige Wertschätzung der beiden, verschiedenen Rechtsgemeinschaften angehörenden bürgerlichen Sozialgruppen wurde aber vor allem durch zwei weitere, eng miteinander zusammenhängende Faktoren gefördert: durch das Vordringen aufklärerischen Gedankenguts und durch die gemeinsame Orientierung an den Wertmaßstäben einer neuen bürgerlichen Kultur.

Die Aufklärungsideen gewannen zunächst einmal innerhalb des Reichskammergerichts seit den sechziger Jahren deutlich an Gewicht, das schon durch seine ins ganze Reich austrahlenden Verbindungen und den ständigen Besucherstrom frühzeitig mit neuen Entwicklungen konfrontiert wurde. Bezeichnenderweise erhielt die Aufklärungsbewegung am Reichskammergericht gerade durch die 1767 beginnende Gerichtsvisitation große Impulse. In den zehn Jahren der Visitation erfuhr nicht nur die Freimauerei einen beachtlichen Aufschwung. In dieser Zeit erlebte auch die Wetzlarer Presse ein erstes Aufblühen, und im Theater- und Musikleben machten sich neue Tendenzen bemerkbar.

Gewiß klagten auch am Ende des 18. Jahrhunderts viele Besucher des Reichskammergerichts noch über den steifen Ton und die hier herrschenden ständischen Schranken. So schrieb

1796 der Reichskammergerichtspraktikant Johann Nikolaus Becker: "Das Kammergericht befindet sich jetzt über ein volles Jahrhundert in dieser Stadt. Seit dieser Zeit hat es zwar einige Revolutionen in der Verfassung, aber fast keine Veränderung in den Sitten und Gebräuchen des ganzen Personals erlitten."¹⁹ Dieser Befund entsprach wie manche andere Beobachtung des jungen Praktikanten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ganz der Realität. Das noch genauer zu untersuchende Vordringen aufklärerischer Ideen hatte doch einige Auflockerungen in die erstarrten Fronten der Kameralgesellschaft gebracht. In der weit über Wetzlar hinaus bedeutenden Freimaurerloge "Joseph zu den drey Helmen" fanden seit den sechziger Jahren sowohl adelige Assessoren als auch bürgerliche Prokuratoren ein gemeinsames Forum, und in den achtziger Jahren stießen dann auch mehrere stadtbürgerliche Honoratioren wie der Apotheker und Ratsherr Johann David Winckler hinzu. Darüber hinaus entstanden in den Kaffeehäusern und in den vornehmen Gasthäusern wie dem Römischen Kaiser weitere Geselligkeitszirkel, in denen gebildete Kamernale mit dem Handelsstand und anderen stadtbürgerlichen Honoratioren zusammentrafen.

Erleichtert wurde all dies durch den Umstand, daß auch innerhalb des Stadtbürgertums die Bereitschaft wuchs, sich mit den Ideen der Aufklärung auseinanderzusetzen.

19) JOHANN NIKOLAUS BECKER, Fragmente aus dem Tagebuch eines reisenden Neu-Franken. Hrsg. nach der Erstausgabe von 1798 v. Wolfgang Griep, Bremen 1985, 13.

derzusetzen. Zwar blieb der Großteil des Wetzlarer Stadtbürgertums hier anfangs noch außerordentlich skeptisch, weil er eine Fülle eigener Privilegien bedroht sah. Dies zeigte etwa die Debatte um die rechtliche Besserstellung der jüdischen Minderheit, die seit 1791 auch in der Reichskammergerichtsstadt eifrig geführt wurde. Andererseits gingen die neuen Entwicklungen aber nicht mehr völlig spurlos am Stadtbürgertum vorbei. Die Religionsstreitigkeiten verloren seit 1770 allmählich an Bedeutung; die Zahl der Mischehen nahm zu, und die lutherische Bürgerschaft wählte in den neunziger Jahren Stadtpfarrer, die engste Kontakte zu aufklärerischen Kameralen besaßen und für ein Programm der Volksaufklärung warben.

Innerhalb des Stadtbürgertums legten die Familien der Oberschicht, allen voran Kaufleute und Gastwirte, die größte Öffnungsbereitschaft an den Tag. Viele dieser aufstrebenden Familien orientierten sich nicht mehr allein am reichsstädtischen Herkommen, sondern immer mehr an Normen und Verhaltensformen einer neuen bürgerlichen Kultur, die bei dem am Kammergericht tätigen Bildungsbürgertum bereits Platz gegriffen hatte. So legitimierten die stadtbürgerlichen Honoratiorenfamilien ihren eigenen innerstädtischen Führungsanspruch immer weniger mit Hinweisen auf alte Vorrangstellungen und Traditionen, sondern immer mehr mit den Kriterien von Leistung und Qualifikation. Sie wollten durch den Abbau von leistungshemmenden Schranken, wie sie etwa im Zunftwesen

bestanden, und durch ein verstärktes Bildungsstreben der individuellen Entfaltung mehr Spielraum geben. Und schließlich ist in bezug auf diese stadtbürgerliche Oberschicht auch ein verstärktes Interesse an Literatur, Musik und Kunst festzustellen.

All diese Neuorientierungstendenzen mündeten in den neunziger Jahren in eine große innerstädtische Reformdebatte und erreichten in der 1799 gegründeten "Gemeinnützigen Gesellschaft" ihren Höhepunkt. Die Gründung dieser knapp 200 Mitglieder zählenden freien Assoziation war schon deshalb ein bemerkenswerter Vorgang, weil hier im Unterschied zur Freimaurerloge erstmals auch das Stadtbürgertum in großer Zahl vertreten war. Anders als die Freimaurerloge war die Gemeinnützige Gesellschaft zugleich eine in die breite Öffentlichkeit drängende Assoziation. Ihre Initiatoren - Kammergerichtsprokuratoren, Stadtpfarrer, Kaufleute und Gastwirte - wollten die Reichsstadt durch Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialreformen auf neue Grundlagen stellen und damit dazu beitragen, die seit den Revolutionskriegen gewachsenen sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Probleme zu meistern. Kernstück der Reformbemühungen waren neue Konzepte in der Schul- und Armenpolitik, die wichtige Vorarbeiten für die Reformpolitik in der Zeit nach der Mediatisierung darstellten.

Bemerkenswert an der Arbeit der Gemeinnützigen Gesellschaft waren zwei Dinge: Einmal der Reformwille von großen Teilen des Stadtbürgertums, der eng mit

den Einflüssen des obersten Reichsgerichts zusammenhing und im übrigen nicht so recht zum üblichen Negativbild paßt, das vom Reichsstadtbürgertum immer wieder gezeichnet worden ist. Zum zweiten war bemerkenswert, daß sich nun die Kameralen, die im 18. Jahrhundert so oft für eine Verlegung des Gerichtes plädiert hatten, intensiv für Belange der Stadt interessierten, die weit über den Umkreis des Kammergerichts hinausgingen. Gewiß spielten in diesem Zusammenhang auch Eigeninteressen, etwa die Sorge um die Bildung der eigenen Kinder, eine Rolle. Aber es gab doch auch zahlreiche Kameralen, die am Ende des Alten Reiches mit Wetzlar offenbar mehr verband als individuelle Interessen. Dies wird auch dadurch unterstrichen, daß sich zahlreiche Kameralen zu Beginn des 19. Jahrhunderts und teilweise auch noch über 1806 hinaus mit großem Engagement der Bewältigung allgemeiner sozialer Probleme der Stadt Wetzlar widmeten. Die Assessorengattin Dorothea von Albin vermachte ihr Vermögen von über 100 000 Gulden dem neuentstandenen Armeninstitut, und die Arbeit dieses Instituts wurde noch weit über 1806 von ehemaligen Kameralen mitgetragen. Eine wichtige Rolle spielten hier der letzte Reichsfiskal Franz Albert Constantin Werner und der ehemalige Prokurator und spätere langjährige Wetzlarer Polizeidirektor Philipp von Bostel. Auch der letzte Kameralarzt Gerhard Jordan muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Wegen seiner Verdienste um die

Stadt wurde Jordan 1825 zum ersten Wetzlarer Ehrenbürger ernannt. Die von Kameralen und Stadtbürgern am Ende des alten Reiches gemeinsam in Angriff genommenen Bildungs- und Sozialreformen wirkten auf diese Weise weit über die Auflösung des Reichskammergerichts hinaus und haben dazu beigetragen, die Grundlagen für die neuen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts zu legen.

Die Reichskammergerichtstradition war aber auch auf einem anderen Feld noch weit ins 19. Jahrhundert hinein spürbar.

3. Das Reichskammergericht und die politischen Orientierungen des Wetzlarer Stadtbürgertums

Die Verlegung des Reichskammergerichts brachte für Wetzlar, wie wir gesehen haben, zwar eine Fülle von Veränderungen und Eingriffen in städtische Belange; die alte reichsstädtische Verfassungs- und Herrschaftsordnung blieb aber weiter in Kraft. Ihr waren all jene Rechtsgemeinschaften unterworfen, die wie Stadtbürger, Beisassen, Juden oder Gesinde nicht zum Kreis der von städtischer Gerichtsbarkeit, Wirtschaftsordnung und Besteuerung befreiten Kameralen gehörten. Die Wetzlarer Stadtverfassung zeichnete sich dadurch aus, daß es hier kein Patriziat gab, vielmehr jeder Stadtbürger de iure in die höchsten städtischen Ehrenämter aufsteigen konnte. In der Praxis standen sich aber auch in Wetzlar wie in

so vielen ähnlich verfaßten Reichsstädten eine zu oligarchischer Verfilzung neigende Ratselite und eine um die Sicherung ihrer Mitspracherechte ringende Bürgerschaft gegenüber. Die aus diesem Dualismus resultierenden Spannungen führten zu Beginn des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts zweimal zu schweren tumultuarischen Auseinandersetzungen, die schließlich eine kaiserliche Schlichtung nötig machten.

Die Bürgerschaft schreckte in diesem Kampf gegen die Allmacht des Rates zunächst also auch vor gewalttätigen Aktionen nicht zurück. Je länger dann aber das Reichskammergericht in der Stadt blieb, desto mehr begann sich der Charakter der Verfassungskämpfe zu verändern. Zwar hatte die Bürgerschaft auch vor 1689 mehrfach versucht, die Reichsgerichte gegen den Wetzlarer Stadtrat zu mobilisieren. Es fällt aber auf, daß die juristische Austragung der innerstädtischen Partizipationskonflikte seit dem Einzug des Reichskammergerichts eine immer größere Bedeutung gewann. Obwohl die Kameralen beim Stadtrat meist mehr Verständnis für ihre Belange fanden als bei der Bürgerschaft, erwies sich das Gericht schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vielfach als Instanz, die von der Bürgerschaft mit Erfolg zum Schutz ihrer angestammten innerstädtischen Teilhaberechte angerufen werden konnte. So griff das Reichskammergericht auf Verlangen der Bürgerschaft mehrfach in Wetzlarer Ratswahlen ein, um Per-

sonalentscheidungen des sich selbst ergänzenden Stadtrates zu korrigieren und einigen vom Rat nicht berücksichtigten Zünften zu einer Vertretung im obersten städtischen Organ zu verhelfen. Dieser Schutz bürgerchaftlicher Rechte hatte zur Folge, daß man vor allem seit 1760 noch zielstrebig auf den Rechtsweg und die damit verbundene rational begründete, disziplinierte Form der Interessenswahrung setzte.

Bezeichnenderweise wurde die Bürgerschaft in den nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges neu aufbrechenden Konflikten mit dem Rat von einem Mann geführt, der selbst aus dem Umfeld des Reichskammergerichts kam. Es handelte sich um den Juristen und Hohenlohe-Bartensteinschen Hofrat Bernegger. Sein Vater, ebenfalls Hohenlohe-Bartensteinscher Hofrat, war mit dem ersten Kammerrichter aus dem Haus Hohenlohe-Bartenstein in die Kammergerichtsstadt gekommen und hatte eine Wetzlarer Handwerkertochter geheiratet. Der Sohn war somit von Anfang mit beiden Lebenswelten der Stadt verwurzelt. Bernegger, der stark den Ideen der Aufklärung verpflichtet war, genoß sowohl bei den hohen Kameralen als auch bei vielen Stadtbürgern ein hohes Ansehen. Als offenbar guter Kenner des Reichsrechtes bereitete er in Privatstunden Söhne von Kameralen und Stadtbürgern bereits in Wetzlar auf ihr Jurastudium vor. Darüber hinaus fungierte Bernegger, der selbst das Wetzlarer Stadtbürgerrecht erworben hatte, als Syndikus der Wetzlarer Bürgerschaft. Unter der Führung

dieses Juristen gelang es der Bürgerschaft in den siebziger Jahren nicht nur, den alten verbrieften Kontrollrechten gegenüber dem Rat wieder mehr Geltung zu verschaffen. Die Bürgeropposition sicherte sich darüber hinaus 1778/79 sogar weitergehende Teilhaberechte, die besonders den Bereich der immer schwieriger werdenden Stadtfinanzen betrafen. Bernegger sorgte zudem dafür, daß diese neuen Kompetenzen sogleich durch ein Mandat des Reichskammergerichts festgeschrieben wurden. Der angesehene Jurist belehrte allerdings zugleich seine Mitbürger, mit dem Gut der Selbstverwaltung künftig sorgsamer umzugehen und sie in die Hände verständiger, tugendhafter Bürger zu legen.

Das Reichskammergericht erwies sich damit im Hinblick auf die städtische Selbstverwaltung als außerordentlich wichtige Instanz. Es schützte zum einen die städtische Autonomie vor äußeren Eingriffen, wie sie etwa von den hessen-darmstädtischen Landgrafen auch im 18. Jahrhundert immer wieder versucht wurden. Es sicherte zum anderen mehrfach die alten bürgerschaftlichen Mitspracherechte gegenüber dem Stadtrat. Und es trug darüber hinaus über die Verbreitung aufklärerischer Ideen dazu bei, daß die Selbstverwaltungsidee am Ende des 18. Jahrhunderts neue Impulse erhielt, die dann weit ins 19. Jahrhundert hineinwirkten. Die Sicherung städtischer Autonomie und das Streben nach ausreichender innerstädtischer Mitsprache blieben auch nach der Mediatisierung und

nach dem Ende des Alten Reiches wichtige Faktoren städtischer Politik. Dies bekamen sowohl der neue Landesherr Karl Theodor von Dalberg als auch die seit 1815 zuständigen preußischen Beamten nur allzu oft zu spüren.

Aus diesem Kampf um städtische Freiräume gegenüber dem Staat und um innerstädtische Teilhabe der Bürger entwickelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schließlich eine breit im Stadtbürgertum verankerte liberale Bewegung. Beim Siegeszug dieses stark lokal eingefärbten Liberalismus spielten gewiß zahlreiche neue Entwicklungen, Erfahrungen und Ideen eine maßgebliche Rolle. Aber es flossen auch Traditionen ein, die viel mit der alten Reichsstadtverfassung und mit der Kammergerichtszeit zu tun hatten. Das Reichskammergericht hatte schließlich die traditionsreiche Selbstverwaltung geschützt und zu ihrer Neubelebung beigetragen. Die Wetzlarer hatten in den mehr als hundert Jahren der Kammergerichtszeit immer eifriger die Möglichkeit genutzt, das am Ort anwesende Reichsgericht gegen vermeintliches Unrecht ihrer Obrigkeit oder gegen Eingriffe von außen anzurufen. Die Bürger dieser Stadt hatten trotz manchem Unmut über die Kameralen den Wert einer solchen Instanz verinnerlicht. Zwischen 1815 und 1848 gab es kaum eine andere preußische Stadt, deren Bürger gemessen an der Einwohnerzahl so häufig wie die Wetzlarer die obersten Staatsbehörden und selbst den König mit Beschwerden über

vermeintliche Beamtenwillkür überhäuften, ihr Recht verlangten und ausreichende Freiräume für die städtische Selbstverwaltung forderten. Im übrigen läßt sich auch eine personelle Kontinuität zwischen der neuen liberalen Bewegung und jener Reformbewegung feststellen, die am Ende der Reichsstadtzeit gemeinsam von aufgeklärten Kameralen und Stadtbürgern in Gang gesetzt worden war.

Schließlich wirkte die Tradition der Reichsstadt- und Reichskammergerichtszeit auch im Hinblick auf die Einstellung zur nationalen Frage im 19. Jahrhundert noch lange nach. Auch wenn das Verhältnis zwischen Stadt und Kammergericht im 18. Jahrhundert nie spannungsfrei gewesen war und die Wetzlarer oft über die Juristenwelt schimpften, so waren die Reichsstadtbürger letztlich doch auch stolz darauf, eine so bedeutende Institution in ihren Mauern zu beherbergen, bei der Personen aus allen möglichen Teilen des Reiches ihr Recht suchten. Dies wurde jedenfalls vor allem am Ende des 18. Jahrhunderts vielfach unterstrichen. Der starke Wetzlarer Reichspatriotismus, wie er sich in den festlich begangenen Kaiserhuldigungen oder in den Feiern zum Namenstag des Kaisers niederschlug, wurde gewiß schon dadurch begünstigt, daß man schließlich auch wirtschaftlich von einer Reichsinstitution lebte. Aber der Wetzlarer Reichspatriotismus beruhte offenbar keineswegs nur auf solch materiellen Erwägungen. Dieser Reichspatriotismus war im übrigen

auch nach 1806 in Wetzlar noch immer ein wichtiger Faktor, und er ging, wie das große Nationalfest vom Oktober 1814 zeigte²⁰, in die mit den Befreiungskriegen erwachte neue Nationalbewegung ein.

Wetzlar fiel auf dem Wiener Kongreß an das Königreich Preußen. 1848/49 wurde eine preußisch dominierte kleindeutsche Lösung von der großen Mehrheit der Wetzlarer aber noch immer strikt abgelehnt. Die ehemaligen Reichsstädter orientierten sich vielmehr weiterhin stark am Alten Reich und forderten die Einbeziehung der österreichischen Gebiete in den neu zu schaffenden deutschen Nationalstaat. Die Wetzlarer setzten 1848 Erzherzog Karl ein Denkmal, der im Sommer 1796 Stadt und Kammergericht zunächst noch einmal vor dem drohenden Einmarsch der französischen Revolutionsarmee bewahrt hatte. Vor allem aber verlangten die Wetzlarer in einer Petition an die Frankfurter Nationalversammlung, daß ihrer Stadt bei der nun erfolgenden Wiedergeburt Deutschlands das zurückgeben sollte, was ihr beim Ende des Alten Reiches genommen worden sei: das oberste deutsche Gericht. Gegenüber den Plänen der Nationalversammlung, ein solches Gericht in Nürnberg

20) KARL HOFFMANN (Hrsg.), Des Deutschen Volkes feuriger Dank- und Ehrentempel oder Beschreibung wie das aus zwanzigjähriger französischer Sklaverei durch Fürsten-Eintracht und Volkskraft gerettete Teutsche Volk die Tage der entscheidenden Völker- und Rettungsschlacht bei Leipzig am 18. und 19. Oktober 1814 zum erstenmale gefeiert hat. Offenbach 1815, 976 ff.

einzurichten, schrieben die Wetzlarer: "Wir aber glauben, daß Wetzlar, die arme Stadt, im Hinblick der von ihr früher dem Wohle des deutschen Vaterlandes gebrachten Opfer mehr berechtigt und eben so im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes mehr geeignet sei, als vormaliger Sitz des höchsten deutschen Gerichtes auch künftig zur Residenz des deutschen Aeropags erhoben zu werden."²¹

Auf die Rückkehr eines obersten deutschen Gerichtes sollten die Wetzlarer bekanntlich vergeblich warten. In den achtziger Jahren unseres Jahrhunderts kam immerhin ein Reichskammergerichtsmuseum. Wetzlar erscheint nicht nur deshalb als der geeignetste Ort für dieses Museum, weil das Reichskammergericht hier zuletzt ansässig war. Es bietet sich auch deshalb besonders an, weil die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Entwicklung dieser Stadt in viel stärkerem Umfang von der Kammergerichtszeit geprägt worden ist, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Wetzlar hat weit über 1806 von Modernisierungsimpulsen profitiert, die das von der preußisch-deutschen Nationalgeschichtsschreibung vielfach kritisierte Reichskammergericht in diese Stadt hineinbrachte und die noch im 19. Jahrhundert mit dazu beigetragen haben, daß Wetzlar Grundlagen für eine neue städtische Entwicklung legen konnte.

21) RÜDIGER MOLDENHAUER, Die Petitionen aus Kreis und Stadt Wetzlar an die Deutsche Nationalversammlung 1848/49, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 23, 1967, 151.

